

Keine Knäste – keine Flüge!

Gegen die Normalität von Abschiebehaft und Abschiebungen!!!



Am 8. Dezember 2000 hat sich der 17-jährige Arumugasamy Subramaniam im Abschiebegefängnis Hannover-Langenhagen das Leben genommen. Erst wenige Monate zuvor, im Mai 2000 wurde die JVA als Niedersachsens zentrales Abschiebegefängnis in Betrieb genommen. Direkt am Flughafen in drei Gebäuden eines ehemaligen Kasernengeländes, die noch in den 90er Jahren einmal Teil der „zentralen Aufnahmestelle für Asylsuchende“ waren, kann der Ort symbolträchtiger nicht sein. Hier werden Menschen aus Niedersachsen und in Amtshilfe auch aus anderen Bundesländern inhaftiert, um ihre Abschiebung durchzusetzen.

So sollte auch Arumugasamy Subramaniam aus dem Gefängnis nach Sri Lanka abgeschoben werden. Der tamilische Jugendliche lebte bereits seit über fünf Jahren in Deutschland und sollte nun zwangsweise nach Sri Lanka gebracht werden, wo zu der Zeit noch der Bürgerkrieg zwischen der tamilischen Unabhängigkeitsbewegung und der sri-lankischen Regierung in vollem Gange war. Sein Onkel, der die deutsche Staatsbürgerschaft hatte, bemühte sich vergeblich um seine Adoption. Arumugasamy Subramaniam fürchtete, in Sri Lanka sofort inhaftiert und misshandelt zu werden. Er sah in seiner Verzweiflung offenbar keinen anderen Ausweg als den Suizid.

Die Inhaftierung ist der weitestgehende gesetzlich zugelassene Eingriff des Staates in die persönlichen Rechte von Menschen und die schärfste Maßnahme innerhalb der Abschiebemaschinerie, um die zwangsweise Ausreise von Menschen durchzusetzen. Bis zu 18 Monate können Menschen eingesperrt werden, ohne dass sie eine Straftat begangen hätten.

Abschiebegefängnisse, wie das in Langenhagen, stehen mit am Ende eines repressiven Systems, dem Schutz suchende Menschen von Anbeginn in Europa unterworfen sind. Ein Migrationsregime, das aus Stacheldraht und Mauern an den EU-Außengrenzen, illegalen Pushbacks, Sabotage von ziviler Seenotrettung oder konkreten, teils tödlichen, Angriffen durch Frontex und Grenzschutztruppen auf Schutz suchende Menschen besteht. In Deutschland findet es seine Fortsetzung in Ablehnungsbescheiden, menschenunwürdigem Umgang in Behörden und in

der Unterbringung Geflüchteter in Sammelunterkünften. Derzeit werden Lagerkapazitäten wieder einmal ausgebaut und auch in Hannover ist – entgegen andersartiger Bekundungen – ebenfalls keine Abkehr von der sogenannten „Gemeinschaftsunterbringung“ zu beobachten. Vielen Geflüchteten wird durch die Wohnsitzauflage ein selbstbestimmtes Leben in Wohnungen unmöglich gemacht.

Und am Ende dieses menschenverachtenden Regimes steht allzu häufig Abschiebehaft und Abschiebungen. Dabei ist hier regional nicht nur Aufmerksamkeit auf den Knast zu lenken, sondern auch auf den Flughafen Hannover-Langenhagen. In diesem Jahr fanden mindestens vier Sammelabschiebungen von hier statt – nach Pakistan, Albanien und zwei nach Afghanistan. Die letzte Abschiebung nach Afghanistan wurde noch im Juni durchgeführt – also kurz vor dem Truppenabzug, als plötzlich die ganze Welt den Blick nach Afghanistan richtete. Innenminister Pistorius verteidigte diese Abschiebung noch im Juni als vertretbar, dabei war absolut offensichtlich, dass es in Afghanistan, zumal für Abgeschobenen, keinerlei Sicherheit gibt. Einer der Abgeschobenen war schwer psychisch krank und Hilfsorganisationen sahen für ihn keine Chance in Afghanistan ein Leben führen zu können. Sammelabschiebungen sind und werden immer mehr zur Normalität, die kaum öffentlich beachtet wird. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Menschen in den Abschiebegefängnissen und die Abgeschobenen nicht vergessen und ihnen unsere Solidarität zum Ausdruck bringen.

Wir nehmen den 21. Jahrestag des Todes von Arumugasamy Subramaniam zum Anlass, an die Opfer der unmenschlichen Abschiebemaschinerie zu erinnern und die Beendigung von Abschiebehaft zu fordern. Wir protestieren gegen die Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit von Abschiebungen.

Wir wollen deutlich machen, dass wir uns gegen die deutsche und europäische Politik der Abschottung, Ausgrenzung und Entrechtung stellen und für eine solidarische Gesellschaft kämpfen, in der das Recht auf Bewegungsfreiheit weltweit gilt.



Demonstration
11.12.2021, 14.00 Uhr
Opernplatz, Hannover